

**Satzung des Landkreises Leipzig
über die Erhebung von Gebühren
für Leistungen des Gutachterausschusses
sowie Entschädigungsleistungen**
(Gutachterausschusssatzung)

Vom 16.05.2012 in der Fassung der 1. Änderung vom 18.07.2012

§ 1

Gebührenpflicht

- (1) Der Landkreis Leipzig erhebt für Leistungen des Gutachterausschusses und dessen Geschäftsstelle Gebühren.
- (2) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zu Grunde liegen, der Umsatzsteuer unterliegen, werden die Gebühren nach dieser Satzung zuzüglich der Umsatzsteuer entsprechend der jeweils gesetzlich festgelegten Höhe erhoben.
- (3) Diese Satzung ist nicht anzuwenden, wenn der Gutachterausschuss oder dessen Geschäftsstelle von einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft zu Beweis Zwecken herangezogen wird.
- (4) Unberührt bleiben Gebührenregelungen in Bundes- und Landesgesetzen.

§ 2

Gebührensschuldner, Haftung

- (1) Gebührensschuldner ist, wer die Leistung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Neben dem Gebührensschuldner haftet, wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gutachterausschuss übernommen hat; dies gilt auch für denjenigen, der für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

§ 3

Höhe der Gebühren

- (1) Die Höhe der Gebühren bemisst sich nach dem Kostenverzeichnis, das Anlage dieser Satzung ist.
- (2) Sind für die Festlegung von Gebühren Mindest- und Höchstsätze bestimmt, so sind die Gebührensätze so zu bemessen, dass zwischen der den Verwaltungsaufwand berücksichtigenden Höhe der Gebühr einerseits und der Bedeutung, dem wirtschaftlichen Wert oder dem sonstigen Nutzen der Amtshandlung andererseits ein angemessenes Verhältnis besteht.
- (3) Für Amtshandlungen, die nicht im Kostenverzeichnis enthalten sind, wird eine Verwaltungsgebühr erhoben, die nach den im Kostenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist.
- (4) Fehlt eine vergleichbare Amtshandlung, so wird eine Verwaltungsgebühr nach § 25 SächsVwKG i. V. mit § 6 II SächsVwKG erhoben.

§ 4

Entschädigung Sachverständige, Auslagen bzw. Aufwendungen

- (1) Die Mitglieder des Gutachterausschusses erhalten für ihre Tätigkeit eine Entschädigung in Höhe von 30 EUR je Stunde.
- (2) Der Gebührensschuldner hat neben den Gebühren nach dieser Satzung die entstehenden Auslagen zu entrichten.
- (3) Veranlasst der Antragsteller den Gutachterausschuss oder dessen Geschäftsstelle nach Abschluss der Wertermittlung zu einer Erörterung von Gegenvorstellungen ohne Auswirkungen auf die Wertaussage des Gutachtens, werden hierfür Gebühren analog Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) erhoben.
- (4) Für zusätzlichen Aufwand (wie z.B. zusätzliche Besprechungen auf Veranlassung des Antragstellers, zusätzliche Ausarbeitung auf Verlangen des Antragstellers, zusätzlicher Ortstermin) werden Gebühren analog Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) erhoben.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit

Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Wertermittlung oder der sonstigen Leistung oder bei Rücknahme des Antrags. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 6 Inkrafttreten

Anlage: **Kostenverzeichnis für Leistungen des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle**

<i>Tarif- Stelle</i>	<i>Gegenstand</i>	<i>Gebühr</i>
1.	Bodenrichtwertauskünfte	
1.1	schriftliche Auskunft über Bodenrichtwerte nach § 196 Abs. 3 Satz 2 BauGB	20 EUR je Bodenrichtwert
1.2	digitale Datenabgabe Bodenrichtwerte	100 EUR Grundgebühr zzgl. 1 EUR je Datensatz
2.	Abgabe einer Bodenrichtwertkarte (analog)	
2.1	für den gesamten Zuständigkeitsbereich nach § 196 Abs. 3 Satz 2 BauGB	40 bis 100 EUR
2.2	Bodenrichtwertkarten älterer Jahrgänge	50 % von Tarifstelle 2.1
2.3	Teilkarten oder besondere Bodenrichtwertkarten (Sanierungsgebiet, Entwicklungsmaßnahme)	20 bis 50 EUR
3.	Grundstücksmarktbericht nach § 12 Abs. 2 SächsGAVO	
3.1	Grundstücksmarktbericht aktuell	40 bis 100 EUR
3.2	Grundstücksmarktberichte älterer Jahrgänge	50 % von Tarifstelle 3.1.
4.	schriftliche Auskunft aus der Kaufpreissammlung	
4.1	nach § 10 Abs. 1 SächsGAVO	bis zu 5 Kauffällen je 20 EUR, je weiteren Kauffall 10 EUR, mindestens 20 EUR
4.2	nach § 10 Abs. 4 SächsGAVO	30 EUR je angefangene halbe Stunde
5.	schriftliche Auskünfte über sonstige, zur Wertermittlung erforderliche Daten nach § 193 Abs. 5 BauGB in Verbindung mit ImmoWertV, 2. Abschnitt, §§ 9 bis 14	20 EUR je Auskunft
6.	Erstattung von Gutachten	
6.1	über den Verkehrswert von bebauten und unbebauten Grundstücken nach § 193 Abs. 1 Satz 1 BauGB sowie Rechten an Grundstücken, über die Höhe der Entschädigung für einen Rechtsverlust und die Höhe der Entschädigung für andere Vermögensnachteile nach § 193 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 BauGB	
6.1.1	bis 50.000 EUR	Mindestgebühr 700 EUR
6.1.2	über 50.000 bis 100.000 EUR	4,0 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 500 EUR
6.1.3	über 100.000 bis 250.000 EUR	3,0 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 600 EUR
6.1.4	über 250.000 bis 500.000 EUR	2,0 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 850 EUR
6.1.5	über 500.000 bis 2.500.000 EUR	1,5 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 1.100 EUR
6.1.6	über 2.500.000 bis 5.000.000 EUR	1,0 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 2.350 EUR
6.1.7	über 5.000.000 bis 25.000.000 EUR	0,5 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 4.850 EUR
6.1.8	über 25.000.000 EUR	0,25 Promille des Verkehrswertes, zuzüglich 11.100 EUR
	Anmerkungen:	
	(1) Wird ein Grundstück innerhalb von zwei Jahren erneut bewertet, ohne dass sich die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse grundlegend geändert haben, ermäßigt sich die Gebühr um 30 Prozent.	
	(2) Bei Wertermittlungen mehrerer Grundstücke eines gleichen Antragstellers, die eine wirtschaftliche Einheit bilden, wird die Gebühr aus der Summe der Verkehrswerte errechnet.	
	(3) Bei einer Wertermittlung zu einem Grundstück für unterschiedliche Stichtage sind der höchste ermittelte Verkehrswert in voller Höhe und die übrigen Verkehrswerte zur Hälfte zu addieren; die Gebühr ist aus der Summe zu errechnen.	
	(4) In den Gebühren sind alle Auslagen und eine Ausfertigung des Gutachtens für den Antragsteller enthalten. Ist der Antragsteller nicht Eigentümer oder Teil der Eigentümergemeinschaft, erhält der Eigentümer oder die Eigentümergemeinschaft eine weitere Ausfertigung. Für jede weitere Ausfertigung auch aufgrund gesetzlicher Vorschriften, werden Gebühren in Höhe von 0,50 EUR je Seite berechnet.	
6.2	über den ortsüblichen Pachtzins im erwerbsmäßigen Obst- und Gemüseanbau nach § 5 Abs. 2 Satz 1 BklG	750 EUR
6.3	über die ortsüblichen Nutzungsentgelte für vergleichbar genutzte Grundstücke nach § 7 Abs. 1 Satz 1 NutzEV	750 EUR
6.4	über Miet- und Pachtwerte, soweit nicht von den Tarifstellen 6.2 oder 6.3 erfasst	700 bis 1.000 EUR
7.	sonstige Amtshandlungen	
7.1	mit hohem Schwierigkeitsgrad	37,50 EUR je angefangene halbe Stunde, mindestens 75 EUR
7.2	in allen übrigen Fällen	30 EUR je angefangene halbe Stunde, mindestens 60 EUR